

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P. XXII/208

Bad Godesberg, den 30. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>S O L I D A R I T Ä T !</u> Die Not an Saar und Ruhr	45
2	<u>"Strafanzeige gegen Unbekannt"</u> Maulkorb für Zeugen und Presse in Sachen KS-30 Von Irene Maier	33
3 - 4	<u>Hochschule neuen Stils</u> Medizin in Hannover - ein mutiger Schritt voran bei der Studienreform Von Wolfgang Tschekne	99
5 - 6	<u>Prags Abendzeitung fragt: "Woran liegt es?"</u> Immer wieder Engpässe in der Papierproduktion der CSSR Von Igor Valentin, Prag	58
6	<u>Mittlerer Osten</u> Zum Besuch des Königs von Jordanien	30

\* \* \*

## S O L I D A R I T Ä T

### Die Not an Saar und Ruhr

G.M. - Die Bevölkerung des Ruhrgebiets und des Saarlandes erwartet mit Spannung die für den 8. November vorgesehene Bundestagsdebatte über das Kohle-Anpassungsgesetz. Hierbei geht es um den Versuch, die von früheren Regierungen frevelhaft vernachlässigten Probleme der Reviere endlich in den Griff zu bekommen. Was Sozialdemokraten und Gewerkschaften seit 1959 unablässig forderten und was frühere Regierungen und die sie tragenden Parteien stets negierten, soll jetzt in Ordnung gebracht werden: die Anpassung der Kohlewirtschaft an die moderne Energiewirtschaft. Hierbei geht es nicht nur um Paragraphen, sondern in erster Linie um die wirtschafts- und sozialpolitische Bereinigung eines Zustandes, der für die Menschen im Revier unerträglich geworden ist.

Die einfachen Menschen an Ruhr und Saar leben seit mehreren Jahren in ständiger Furcht vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Sie wissen, ebenso wie jeder Bergassessor oder Aktionär, daß die Kohle heute nicht mehr der einzige Energieträger ist und sie sind bereit, in dem notwendigen Umstellungsprozeß der gesamten Wirtschaft an Saar und Ruhr Opfer zu bringen. Was sie jedoch als unerträglich empfinden, was sie rebellisch macht und ihnen das Gefühl gibt, ungerecht behandelt zu werden, ist die Ungleichheit der Chancen, die ihnen bei dem Versuch der Neuordnung der Energiewirtschaft im Augenblick zugemutet zu werden scheint.

- \* Ein Bergarbeiter, der infolge von Kurzarbeit und Zechenstillegungen heute nur noch etwa 50 Prozent seines Einkommens - bei gleichbleibenden Ausgaben! - im Vergleich zum Jahre 1965 hat, der wochenlang auf die ihm zugesicherte Auszahlung von Härteprämien wartet, muß sich ungerecht behandelt fühlen, wenn er weiß, daß die Direktoren der Gesellschaften nicht nur keine Mark ihres Einkommens einbüßen, sondern in den meisten Fällen auch über eine Altersversorgung verfügen, die ihnen erlaubt, dem Lebensabend mit aller Ruhe und meist bei Bewahrung ihres jetzigen Lebensstandards entgegenzusehen.

Natürlich weiß auch der Kumpel im Revier, daß eine drastische Kürzung der Gehälter aller Direktoren und Bergassessoren nicht ausreichen würde, um die Kosten für die notwendigen Strukturveränderungen der Wirtschaft an Saar und Ruhr aufzubringen. Was er jedoch nicht versteht, und was ihn zutiefst verletzt, ist sein Wissen um die Tatsache, daß er bisher im wahrsten Sinne des Wortes die Zeche für eine seit Jahren verfehlte Energiepolitik gezahlt hat.

Außer dem wirtschaftlich Notwendigen muß also in absehbarer Zeit dafür gesorgt werden, daß die arbeitenden Menschen in den Revieren das Gefühl vermittelt bekommen, nicht diejenigen zu sein, denen in erster Linie die Bürde des Neubeginns einer deutschen Energiepolitik auf die Schultern geladen wird. Dies zu verlangen, ist nicht unbillig; es ist die Voraussetzung dafür, daß Millionen Menschen das Bewußtsein erlangen können, gerecht behandelt zu werden. Gerade sie, die man nach dem Zusammenbruch 1945 die "Pioniere des Wiederaufbaues" nannte, haben Anspruch auf die Solidarität der Nation.

"Strafanzeige gegen Unbekannt"

Maulkorb für Zeugen und Presse in Sachen HS-30

Von Irene Maier

Pressemeldungen zufolge hat die Schweizer Rüstungsfirma Hispano-Suiza am Mittwoch, dem 25. Oktober 1967, Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Verleumdung und unlauteren Wettbewerbs gestellt. Diese Anzeige kommt zwei Tage nach der ersten öffentlichen Zeugenanhörung des ersten Untersuchungsausschusses des Bundestages, der die Frage zu klären hat, ob die Firma Hispano-Suiza den Millionenauftrag über die Lieferung von Schützenpanzern 1956/57 deshalb erhielt, weil sie Zuwendungen an die CDU/CSU oder einflußreiche Politiker und mit der Sache befaßte Beamte gemacht habe. Die Vorwürfe sind alt und bereits 1957 veröffentlicht worden. Im Juni vergangenen Jahres wurden sie von dem Journalisten Engelmann erneut aufgegriffen und in der Öffentlichkeit erörtert.

Die Strafantragsfristen für diese früheren Publikationen sind längst verstrichen. Die Firma weiß auch seit mehr als einem halben Jahr, daß sich ein eigens dafür eingesetzter Untersuchungsausschuß des Bundestages mit diesen Vorgängen befassen wird. Was also mag sie bewogen haben, erst jetzt derartige Strafanträge zu stellen?

Es ist das gute Recht der Firma Hispano-Suiza, ihre Interessen zu wahren und notfalls auch mit gerichtlicher Hilfe durchzusetzen. Der Zeitpunkt allerdings, der für diesen Strafantrag gewählt wurde, läßt die Frage aufkommen, ob nach den Erfahrungen der ersten beiden öffentlichen Zeugenvernehmungen des Untersuchungsausschusses und der Berichterstattung hierüber den Zeugen und der Presse ein Maulkorb dadurch umgehängt werden soll, daß ihnen die Verwicklung in ein Strafverfahren in Aussicht gestellt wird.

Jeder Zeuge, der vor dem Untersuchungsausschuß aussagt, steht unter dem Zwang, diese Aussage beideln zu müssen. Er wird sich also hüten, etwas anderes als die reine Wahrheit und diese vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen auszusagen. - Weiteres Zwangsmittel zur Ermittlung der Wahrheit bedarf es nicht. Für Zeugen und Presse darf dieser Strafantrag also nicht von Bedeutung sein; auch die Bundestagsabgeordneten, die in diesem Untersuchungsausschuß die Wahrheit zu ermitteln haben, werden sich durch diesen Strafantrag in ihrem Frage- und Kontrollrecht nicht beeinträchtigen lassen.

## Hochschule neuen Stils

Medizin in Hannover - ein mutiger Schritt voran bei der Studienreform

Von Wolfgang Tschechne

Großes wächst oft in der Stille: Menschen, die einen mutigen Schritt in die Zukunft tun, haben häufig nicht die Zeit dazu, ihre Pläne und Erfolge mit der nun einmal erforderlichen Lautstärke der Öffentlichkeit kundzutun.

Während zum Beispiel überall und zuweilen mit beachtlichem Aufwand nach einer Studienreform gerufen wird, hat sich in der niedersächsischen Landeshauptstadt fast unbeachtet das brauchbare Modell einer Hochschule neuen Stils gebildet. Die Medizinische Hochschule Hannover, eine seit Frühjahr 1965 bestehende Neugründung, ist auf dem besten Wege, nachahmenswerte Studienpraktiken durchzuspielen und so der vielberufenen, vielverlangten Studienreform ein Positivum entgegenzusetzen.

Hannover hat nach und nach drei wesentliche Reformgedanken in die tägliche Praxis des Hochschullebens umgesetzt, und da gerade in diesen Tagen mit der Einführung des sogenannten sachbezogenen Blockunterrichts begonnen wird, ist es an der Zeit, sich das Modell dieser Medizinischen Hochschule einmal genauer zu betrachten.

### Sachbezogener Unterricht

Sachbezogener Blockunterricht - was ist das? Das traditionelle Medizinstudium kennt allein den fachorientierten Unterricht: der Student wird völlig beziehungslos einer nahezu unübersehbaren Wissensfülle gegenübergestellt und hat sich aus der Menge des Gebotenen jeweils das herauszusuchen, was seinem Ausbildungsstand entsprechen könnte. Ohne Beziehung zu dem, was der Student bereits zu fassen und zu verarbeiten in der Lage ist, stehen dabei in den allermeisten Fällen auch die Hochschullehrer. Es ist kein Geheimnis, daß sie zumeist im Dunkeln tappen in bezug auf das, was ihre Kollegen vom Nachbarfach schon gesagt haben.

In Hannover wird mit Beginn des Wintersemesters 1967/68 der traditionelle fachorientierte Unterricht didaktisch durch den sachbezogenen Unterricht ersetzt: das besagt, daß die Thematik jeweils horizontal und vertikal in einem bis in alle Einzelheiten von der Professorenschaft geplanten Stundenplan geordnet wird. Ein Beispiel: es gibt einen vierwöchigen Block Infektionskrankheiten; über eine Infektionskrankheit, zum Beispiel Scharlach, sprechen am selben Tag ein Pathologe, ein Kliniker, ein Mikrobiologe und ein Pharmakologe.

### Der Vorteil

Der Vorteil solchen Blockunterrichts liegt auf der Hand. Dem Studenten wird die Angst genommen, in der Fülle des bisher ohne Bezug angebotenen Stoffes das Wichtige und für seine Prüfungen Entscheidende verpaßt zu haben; der durchstrukturierte Unterricht, der von den Hochschullehrern allerdings mehr planende Vorbereitung als bisher erfordert, nimmt dem Studenten zudem das bedrückende Gefühl, in der Universität

nur ein dumpfes, böses Hindernis zu erblicken. Außerdem ist es eine wissenschaftliche Erfahrung der didaktischen Pädagogik, daß sich ein Wissensgebiet dann besser begreifen und behalten läßt, wenn alle seine Teile logisch aufeinander bezogen sind.

### ... gründlicheres und schnelleres Studium

Auf diese Weise wird nicht nur ein gründlicheres, sondern auch ein konzentriertes, also ein schnelleres Studium ermöglicht. Die Dunkelziffer des Leerlaufs, die an so vielen Hochschulen die langsemestrigem Studierenden immer stärker und immer belastender in den Vordergrund schiebt, kann in Hannover fast völlig ausgeschaltet werden. Das Kollegium an der Medizinischen Hochschule Hannover hat mit dem mutig neue Wege beschreitenden Rektor, Professor Dr. H a r t m a n n, für seine Reformen die Erfahrungen skandinavischer Hochschulen im Blockunterricht mit einem Bezugssystem kombiniert, wie es besonders in Amerika an der Harvard-Universität und an der Universität von Chicago erprobt worden ist.

### Hilfe für Studenten

Den neuen Weg des Medizinstudiums in Hannover kennzeichnet sodann ein modernes Tutorensystem, das seine Vorteile bereits bei den bisherigen Studienjahrgängen erwiesen hat. Dabei haben immer jeweils vier Studierende einen Tutor, der ihnen in allen Studienfragen hilft, aber auch bereit ist, bei privaten Schwierigkeiten helfend einzugreifen. Die 35 Angehörigen des Lehrkörpers, dazu die älteren Assistenten und schließlich sogar, besonders für Studienanfänger, die älteren Semester sind mit Eifer und Geschick dabei, auch diese Einrichtung zu einem Stück Lebenshilfe auszubauen: der Student fühlt sich in seiner Ausbildung, in dem vielleicht wichtigsten Stück seiner Entwicklung, nicht mehr allein.

### Demokratisierung der Hochschule

Ein dritter Schritt schließlich, wie er in Hannover auf dem Wege zur Hochschule neuen Stils beschritten wird, ist darin zu erblicken, daß der Studentenschaft in akademischen Gremien Gelegenheit gegeben wird, aktiv am Aufbau und Ausbau der Hochschule mitzuwirken. Im akademischen Senat der Medizinischen Hochschule Hannover sind neben den zehn Vertretern der Professorenenschaft auch zwei Studenten, die in allen studentischen Fragen volles Stimmrecht besitzen und so auch aktiv an der Gestaltung des Unterrichtsplanes teilnehmen können; andererseits sind im Studentenparlament die Professoren ständige Gäste und stets dazu aufgefordert, mit ihren Ansichten nicht hinterm Berge zu halten.

### Erste Erfolge

All das läßt sich freilich nur verwirklichen und positiv praktizieren, wenn eine Professorenenschaft vorhanden ist, die der sich wandelnden Selbstverständnis der Hochschule aufgeschlossen gegenübersteht. Sie ist in Hannover vorhanden. Weil an der Medizinischen Hochschule mit der Systematisierung des Unterrichts auch eine interdisziplinäre Art der Forschung verwirklicht werden konnte, wurde es möglich, eine junge und bewegliche Mannschaft zusammenzubekommen, wobei die in den dreißiger Jahren stehenden Wissenschaftler in der Mehrzahl sind. Das erstrebte und teilweise schon erreichte Ergebnis aller neuen Möglichkeiten der Forschung und Lehre ist es, den Erfolg des Studiums für alle Beteiligten, Professoren und Studenten, zu vergrößern. Als jetzt der erste Studienjahrgang zum Physikum antreten mußte, konnten erste Erfolge festgestellt werden: von vierzig Prüflingen sind nur zwei durchgefallen. Es ist zu hoffen, daß das fortschrittliche Beispiel der Medizinischen Hochschule

Prags Abendzeitung fragt: "Woran liegt es?"

---

Immer wieder Engpässe in der Papierproduktion der CSSR

Von Igor Valentin, Prag

Die westdeutschen und andere ausländische Besucher Prags und der Tschechoslowakei hatten in der vergangenen Reisesaison Gelegenheit, darüber zu staunen, daß es in der Tschechoslowakei einen gewissen Papiermangel gibt. Zeitungen und Zeitschriften sind offenbar genug vorhanden, auch die Geschäfte mit der Aufschrift "Knihy" (Bücher) zeigen eine reiche Auswahl. Aber in den Gaststätten (nicht nur in den unteren Preiskategorien) gibt es Papierservietten vom Zwergformat und oft halbiert, in den Toiletten spert man sichtlich mit den Klosett-papierblättchen, Briefumschläge sind nicht überall erhältlich und die Bereitstellung von Packpapier entwickelt sich in den Geschäften regelmäßig zu einem Problem. Westdeutsche Papiertüten erregen überall Aufsehen, keine Hausfrau versteht es, daß man sie überall in der Bundesrepublik kostenlos erhalten kann. Die ersten tschechoslowakischen Papiertüten sind im vergangenen Sommer aufgetaucht - allerdings an den Theken der Buffets neben den Zolllämtern an den Grenzübergängen. Für die ausländischen Besucher, versteht sich...

Die Prager Abendzeitung "Večerní Praha" hat kürzlich über die "Papier-Anabasis" berichtet (wohl in Anlehnung an die mühevolle Heimkehr der tschechischen Legionen aus Sibirien nach dem Ersten Weltkrieg, die als "Anabasis der Legionäre" im tschechischen Bewußtsein der letzten Jahrzehnte ein Begriff geworden ist). Die Verbraucher hätten sich, so argumentiert die Zeitung, an das stereotype aufregende Wort "Haben wir nicht" gewöhnt. Auch die Redaktion sei in Aufregung geraten, als sie in den Geschäften Papierservietten, Briefumschläge und Klosettpapier habe auftreiben wollen. Dann habe man die zuständigen Stellen interviewt und dabei in Erfahrung gebracht:

Der Kleinhandel habe für den gesamtstaatlichen Bedarf 6 700 Tonnen Klosettpapier angefordert, die Papierindustrie habe jedoch nur 6 015 Tonnen bestätigt. 300 Tonnen habe man aus Jugoslawien eingeführt, der Rest ist Schweigen. Prag sollte 820 Tonnen erhalten, es werden aber um 113 Tonnen weniger geliefert; laut Gesamtplan dazu kam noch, daß die Prager Papierfabriken die Erzeugung von 225 Tonnen übernommen haben, aber nur 32 Tonnen liefern. Diese 32 Tonnen gingen (oder gehen) aber nicht nach Prag, sondern es muß davon noch Reichenberg (Nordböhmen) und Banská Bystrica (Mittelslowakei) beliefert werden. Dafür helfen Prag die Papierfabriken in Süd- und Nordböhmen aus. Die Zeitung hat keine Antwort auf die Frage erhalten, warum das Klosettpapier von einem Ende des Staates zum anderen und dann wieder zurück transportiert werden müsse.

Bei den Briefumschlägen habe sich die Situation - zumindest "auf dem Papier" - gebessert, meinte "Večerní Praha". Nur Prag hätte man wieder einmal "zur Seite geschoben". In diesem Jahr gibt es um 290 Tonnen (oder 100 Millionen Stück) mehr Briefumschläge, im nächsten Jahr will man die Herstellung um weitere 300 Tonnen erhöhen. Jedoch: In Prag fehlen 11 Tonnen weiße und 7 Tonnen farbige Briefumschläge. Wo sie geblieben sind, weiß niemand. Vielleicht wurden sie gar nicht

hergestellt? Die Maschinen in den Fabriken sind nämlich zu alt und wenig leistungsfähig, dagegen sei der gesamtstaatliche Verbrauch von Briefumschlägen "unwahrscheinlich" gestiegen. Und die Papierservietten? Da gibt es einen eigenartigen Ringelreigen. "Večerni Praha" berichtet: Es fehlen 10 Tonnen (im Plan), die lieferte die UdSSR. Anfang des Jahres boten die Papierfabriken dem Kleinhandel 200 Tonnen Papierservietten an. Niemand wollte sie. Facit: Sie wurden nach Ungarn exportiert. Jetzt fehlen sie.

Die Aussichten für das nächste Jahr, wenn die ausländischen Touristen sich wieder über die Zwergservietten wundern werden? Die Frager Zeitung kann nur resignierend verzeichnen: "Die alten Papierfabriken segnen das Zeitliche, neue werden nicht gebaut."

+ + +

#### Mittlerer Osten

-----

#### Zum Besuch des Königs von Jordanien in Bonn

sp - Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt werden gewiß bei den Gesprächen mit dem König von Jordanien, Hussein, der sich in der Bundesrepublik für einen zweitägigen Besuch aufhält, aufmerksame Zuhörer sein. Es ist dies der erste Besuch eines Repräsentanten der arabischen Welt seit dem Sechs-Tage-Krieg im Mittleren Osten. Er hat den Israelis und den Arabern viel Leid und Zerstörung gebracht und eine Lage voller Gefahren für den Weltfrieden hinterlassen. Die Versenkung eines israelischen Zerstörers und die darauffolgende Vernichtung ägyptischer Raffinerieanlagen bekunden die Labilität des Waffenstillstandes. Die schweren materiellen Verluste an Waffen und Munition sind auf arabischer Seite durch sowjetrussische Waffenlieferungen wieder ersetzt worden und die Amerikaner beginnen mit Flugzeuglieferungen an Israel. Jederzeit kann der Konflikt wieder zur mörderischen, kriegerischen Auseinandersetzung führen.

Besonders schwer wurde Jordanien betroffen. Es verlor seine wertvollsten Gebiete im Westen. Hunderttausende Flüchtlinge strömten in die Wüste und führen ein erbärmliches Dasein. Wir Deutschen wissen, was Flüchtlingselend bedeutet; über zehn Millionen Deutsche haben nach dem Zweiten Weltkrieg die Not der Flucht und Vertreibung an sich selbst erfahren. König Hussein wird bei seinen Gesprächspartnern Verständnis und Sympathie für die Bedrängnis seines Landes und seiner Bevölkerung finden, aber auch auf die Bereitschaft zur humanitären Hilfe stoßen, soweit diese im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt.

König Hussein bestreitet nicht das absolute Recht Israels, als souveräner Staat zu bestehen. Das zeichnet ihn vor anderen arabischen Führern aus, die immer noch von der Vernichtung Israels träumen und ihre Zukunftspläne danach ausrichten. Wer solche frevelhaften Absichten hegt, verbaut den Weg für eine friedliche Zukunft in diesem Teil der Erde. An der Bereitschaft der Bundesrepublik, die Kräfte des Friedens im Mittleren Osten zu stärken, fehlt es nicht; König Hussein wird sich davon überzeugen können.

+ + +